

Arbeitsmarkt: Sozialhilfe meist nur Übergangslösung	2
Verteilung: Abstiegsängste in der Mitte	3
Standort: Deutsche Arbeitskosten bleiben zurück – Exporteure gestärkt, Wachstum geschwächt	4
Verlagerung: Unternehmen kommen zurück	6
Arbeitsmarkt: Weniger Geringqualifizierte arbeitslos mit Mindestlohn	6
Arbeitsbedingungen: Leistungspolitik stresst Belegschaft	7
TrendTableau	8

VERTEILUNG

Lohneinkommen weiter unter Druck

Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen dürfte 2009 brutto nicht weiter steigen. Das ist aber keine Korrektur der jahrelangen Ungleichverteilung, sondern nur ein statistischer Reflex auf die Krise.

Seit der Jahrtausendwende gab es beim Verhältnis von Lohneinkommen und Einkommen aus Gewinnen und Vermögen nur einen Trend: Die Lohnquote ging zurück, während die Anteile von Unternehmen und Kapitaleignern stiegen. Immerhin hat sich die Lohnquote in den Jahren 2007 und 2008, also in der Spätphase des Konjunkturaufschwungs, stabilisiert. Die Gründe sind ein exportgetriebener Beschäftigungszuwachs und kräftigere „nachholende“ Tariferhöhungen, wie WSI-Leiter Claus Schäfer im neuen Verteilungsbericht schreibt.*

Der anschließende wirtschaftliche Einbruch hat bisher vor allem die zuvor boomenden Vermögens- und Gewinneinkommen getroffen. Die Bruttogewinnquote sank in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 nach vorläufigen Berechnungen daher um knapp vier Prozentpunkte auf rund 32 Prozent. Entsprechend stieg die Bruttolohnquote auf 68 Prozent. Dies ist jedoch lediglich „ein rechnerischer Reflex“, betont Verteilungsforscher Schäfer. Die Bruttolohnsumme stieg in der ersten Jahreshälfte nur minimal an. Trotz des geringen Zuwachses sei dies jedoch „ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Konjunktur nicht noch weiter abgestürzt ist“, sagt der WSI-Experte.

Netto, nach Abzug von Steuern und Abgaben, büßten auch die Arbeitnehmer an Kaufkraft ein, nämlich drei Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu nahm für die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen die Steuerlast deutlich ab. Darum haben sich die Nettoquoten längst nicht so stark verschoben wie die Bruttowerte.

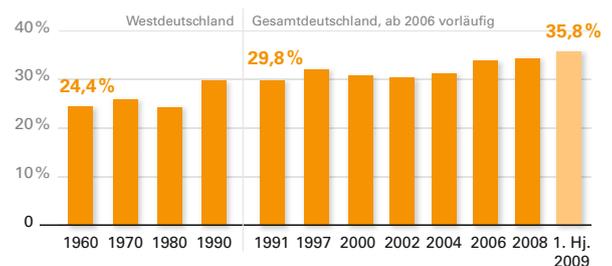
Der Druck auf die Lohneinkommen werde noch zunehmen, prognostiziert Schäfer: „Die Einkommensverluste durch Kurzarbeit und Ähnliches, aufgeschobene oder angerechnete Tariferhöhungen, Verdrängung von Vollzeit durch Teilzeit und steigende Arbeitslosigkeit werden sich in fehlender Nachfrage niederschlagen.“ Die Steuerpolitik der Bundesregierung drohe die Verteilungsprobleme weiter zu verschärfen, warnt der WSI-Experte. Höhere Kinderfreibeträge und direkte Steuersenkungen entlasteten Haushalte mit höheren Einkommen überproportional – und stützten das Wachstum eben nicht.

Verteilungsproblem ungelöst

Entwicklung von Nettolohnquote ...



... und Nettogewinnquote*



* Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei den privaten Haushalten; Nettolohn-, Nettogewinnquote und Quote der monetären Sozialleistungen (nicht dargestellt) addieren sich zu 100 %
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Schäfer 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Effektiver wären Schäfer zufolge ein gesetzlicher Mindestlohn, staatlich unterstützte Arbeitszeitverkürzungen sowie eine grundlegende Reform des heutigen Kinderlastenausgleichs hin zu einer einheitlichen Kindergrundsicherung. Der Staat müsse für letztere zwar rund 30 Milliarden Euro im Jahr aufwenden. „Aber anders als mit generellen Steuersenkungen setzt er damit einen dauerhaften Impuls für mehr Wachstum und Familienfreundlichkeit.“ ◀

* Quelle: Claus Schäfer: Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009, in: WSI-Mitteilungen 12/2009
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Sozialhilfe meist nur Übergangslösung

Menschen in der staatlichen Grundsicherung geben sich meist alle Mühe, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wenn es ihnen nicht gelingt, dürfte das kaum an zu geringen „Arbeitsanreizen“ liegen.

Kaum jemand richtet sich dauerhaft auf ein Leben mit der staatlichen Mindestunterstützung ein. Arbeitslosigkeit und Bezug von Fürsorgeleistungen sind in aller Regel nur Episoden und „nach wie vor keine dominierenden Lebenslaufmuster“, so Ronald Gebauer, empirischer Sozialforscher an der Uni Jena. Die Attraktivität von Erwerbsarbeit sei „ungebrochen“. Der Forscher hat auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) Lebensläufe von Menschen untersucht, die mindestens einmal im Leben Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II bezogen haben.* Warum Erwerbsfähige in die Grundsicherung rutschen, lässt sich Gebauer zufolge besser

keit auch sein, dass sie aufgrund zu geringer Haushaltseinkommen ergänzende Sozialhilfe bezogen, so Gebauer. Offenbar werde ihre Arbeitskraft trotz eigenständiger Bemühungen wegen ihres Alters und geringer Qualifikationen von Arbeitgebern kaum nachgefragt.

Ältere Frauen: Teilzeitjob nach der Erziehungsphase reicht nicht bis zur Rente. Nach kurzer Ausbildungsphase kommt oft eine Vollzeittätigkeit. Darauf folgt eine Phase der Kindererziehung und anderer häuslicher Beschäftigungen – die im Lebenslauf insgesamt dominierenden Tätigkeiten. Im Anschluss gelingt zwar der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben, meist jedoch in Teilzeit. Etwa ab dem 55. Lebensjahr sind viele von ihnen dauerhaft auf Sozialhilfe angewiesen. Dahinter können sich verschiedene Konstellationen verbergen, etwa Scheidung oder Ausfall des Erwerbseinkommens des Mannes durch Arbeitslosigkeit. Ein Wiedereinstieg ins Arbeitsleben werde „durch die Aversion von Arbeitgebern gegenüber älteren Arbeitnehmern und geringen Bildungsabschlüssen“ ebenfalls schwierig, sagt der Forscher.

Gut ausgebildete Jüngere: Häufiger Wechsel zwischen Sozialhilfe, Arbeit und Ausbildung. Bei den Jüngeren, ab dem Geburtsjahr 1960, haben sich Biografien von Frauen und Männern angeglichen. Die Ausbildung dauerte länger, Teilzeitarbeit ist weiter verbreitet als bei den Älteren. Ausbildung, Berufstätigkeit und Sozialleistungsbezug wechseln sich oft ab oder überlappen sich. Das häufige Hin und Her lasse gerade „in den mittleren und späteren Lebensabschnitten auf ein hohes Aktivitätspotenzial schließen, das sich in dem Bemühen ausdrückt, nach Arbeitsverlust erneut auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, so die Studie. Eine Teilgruppe fällt durch besonders lange Ausbildungszeiten auf – oft über das 25. Lebensjahr hinaus. Vollzeittätigkeiten spielen eine geringere Rolle als bei anderen Gruppen, Sozialhilfe in Kombination mit anderen Tätigkeiten kommt gerade in der Lebensmitte relativ häufig vor.

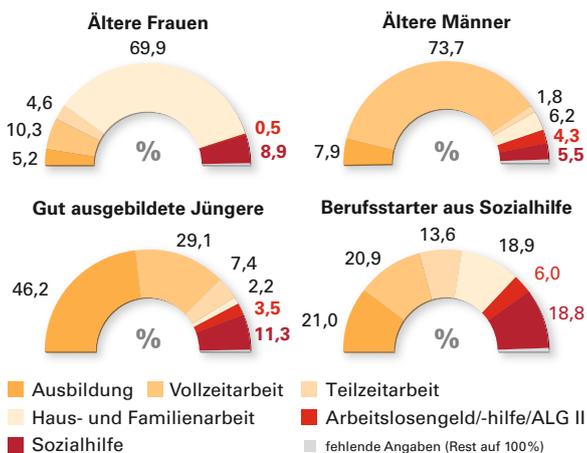
Berufsstart aus der Sozialhilfe. Das „quantitativ bedeutendste Lebenslaufmuster“, das Gebauer unter den jüngeren Jahrgängen fand, zeichnet sich durch vergleichsweise frühe Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung aus. Die meisten Angehörigen dieser Gruppe sind weiblich und haben nur relativ kurze Ausbildungszeiten vorzuweisen. Mit 17 Jahren bezogen zwölf Prozent Sozialhilfe – oft trotz Ausbildung oder Erwerbstätigkeit. Das sei „eine neue Dimension“, schreibt Gebauer. Die weitere Entwicklung sei noch nicht abzusehen.

Die Betrachtung der Prototypen spricht dem Forscher zufolge gegen eine „massenhafte Störung der Arbeitsbereitschaft“. Gerade bei Jüngeren sei zu beobachten, dass sie sich sehr bemühen, der „Zone der Unsicherheit“ zu entkommen. Sie ließen sich durch geringe Bezahlung sowie schlechte Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Kindererziehung nicht von ihrem Vorhaben abbringen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das sei an den häufigen – wenn auch oft nicht dauerhaften – Ausstiegen aus dem Leistungsbezug abzulesen. Besonders unter Frauen nehme die Erwerbsorientierung weiter zu, auch in eher benachteiligten Schichten. ◀

* Quelle: Ronald Gebauer: Fordern statt Fördern? – Nein! Wege aus der Arbeitslosigkeit und Armut erleichtern, in: WSI-Mitteilungen 10/2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Sozialhilfe kein Dauerzustand

So verbrachten Personen, die einmal auf Grundsicherung angewiesen waren, die Jahre im erwerbsfähigen Alter



durch individuelle Lebensumstände erklären als durch die viel diskutierte pauschale Annahme, es fehlten ökonomische Anreize zur Erwerbsarbeit – durch zu hohe Grundsicherung, zu geringe Hinzuverdienstmöglichkeiten, zu niedrige Strafen für die Ablehnung von angebotenen Jobs.

Gebauer hat anhand der Angaben westdeutscher Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand von 1983 bis 2006 typische Lebensverläufe mit Sozialleistungsphasen ermittelt:

Ältere Männer: Sozialhilfephase in der zweiten Hälfte des Erwerbslebens. Typisch für die bis 1960 geborenen Männer, die irgendwann einmal Sozialhilfe bekamen, sind eine relativ kurze Ausbildungszeit und ein Vollzeit-Arbeitsleben. Etwa ab dem 40. Lebensjahr steigt die Zahl derer etwas an, die sich auf häusliche Tätigkeiten verlegen, nur noch halbtags arbeiten oder arbeitslos sind. In dieser Phase erhalten sie häufiger Sozialhilfe oder, seit den Hartz-Reformen, Arbeitslosengeld II. Eine Ursache könne neben Arbeitslosig-

Abstiegsängste in der Mitte

Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust nimmt seit den 1990er-Jahren zu. Besonders steigt die Verunsicherung der Mittelschicht.

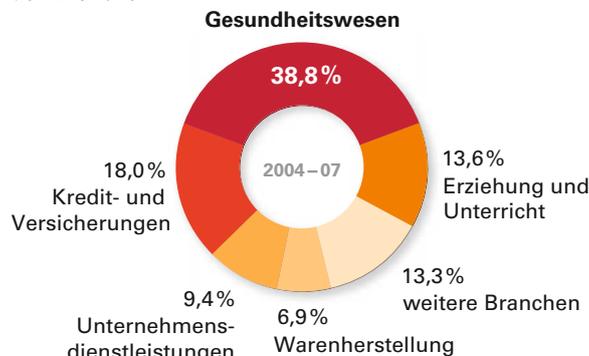
Die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse hat die Lebensbedingungen vieler Beschäftigter objektiv verschlechtert. Zudem haben die Veränderungen der vergangenen 20 Jahre aber auch psychologische Wirkungen entfaltet, die über den direkt betroffenen Personenkreis hinausgehen: Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist in die Mittelschicht vorgedrungen. Das belegen die Soziologen Holger Lengfeld und Jochen Hirsche mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer seit Anfang der 1980er-Jahre jährlich wiederholten, repräsentativen Haushaltsbefragung.*

„Über Jahrzehnte hinweg galt die deutsche Mittelschicht als relativ gut geschützt vor den Risiken schwankender Konjunkturen, vor dem Wandel der Erwerbsstruktur von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, vor Langzeitarbeitslosigkeit oder vor Bildungsdefiziten“, schreiben die Wissenschaftler. Erst in der jüngsten Vergangenheit ist die These von der Erosion der Mittelschicht, ihrer zunehmenden Verunsicherung und wachsenden Zukunftsängste aufgekommen. Lengfeld und Hirsche haben nach empirischen Anhaltspunkten dafür gesucht. Da die „materielle Grundlage des Wohlstands einer Person in der Regel die ausgeübte Erwerbstätigkeit ist“, wählten sie als Indikator die Antworten auf die im SOEP jährlich gestellte Frage: Machen Sie sich Sorgen um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?

Dabei zeigt sich zunächst ein „Fahrstuhleffekt“: Unabhängig von Berufsgruppen und dem damit jeweils verbunde-

Der Kern der Mittelschicht

Gehobene Angestellte mit Routinetätigkeiten arbeiten in den Branchen...



Quelle: Lengfeld, Hirsche 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

nen Routineangestellten noch auf dem gleichen Niveau wie die der mittleren Führungskräfte und Akademiker, der „oberen Mittelklasse“. Inzwischen bangen sie deutlich häufiger um ihren den Job und nähern sich den Werten der Arbeiter an. Letztere geben über den gesamten Beobachtungszeitraum am häufigsten an, sich um den Arbeitsplatz zu sorgen.

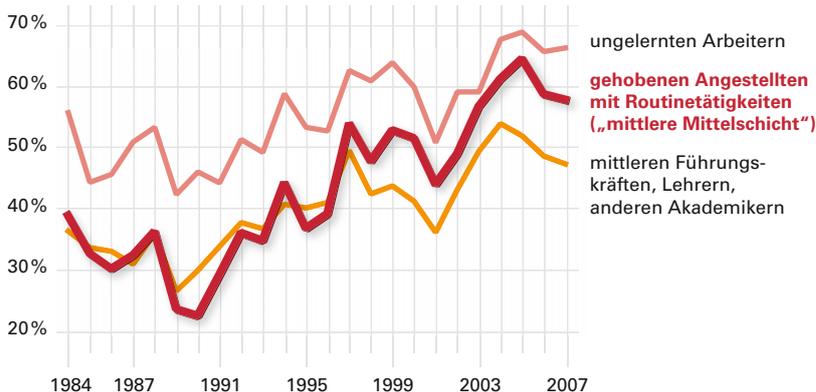
Woher kommt die Zukunftsangst in der Mitte? Die einfachste Interpretation wäre: Die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsumstände von Angehörigen der gehobenen Routineberufe haben sich drastisch verändert – beispielsweise durch häufigere Erfahrungen mit befristeten Jobs oder Arbeitslosigkeit. Doch die Wissenschaftler kommen zu einem anderen Ergebnis. Selbst wenn man Faktoren wie frühere Arbeitslosigkeit, regionale Erwerbslosenquoten, Befristungen oder branchenspezifische Entwicklungen in die Analyse einbezieht, die die „mittlere Mitte“ besonders betreffen, beispielsweise häufige Umstrukturierungen im Finanz- und Gesundheitssektor: Die genannten Punkte liefern keine hinreichende Erklärung für die gewachsene Verunsicherung in der gesellschaftlichen Mitte.

Lengfeld und Hirsche vermuten stattdessen, dass die schlechtere Grundstimmung in den niedriger angesiedelten sozialen Gruppen quasi ins nächst höhere Segment überschwappt: Viele, die sich selbst zehn Jahre zuvor noch auf der sicheren Seite glaubten, beob-

achteten „Prekarisierungstendenzen in der unteren Mittelschicht und den Unterschichten“ – und fürchten, dass es ihnen bald genauso gehen könnte. ◀

Zunehmende Sorge um den Job

Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, hatten unter...



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1984-2007, Berechnungen Lengfeld, Hirsche 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

nen sozialen Status nehmen die Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft seit Beginn der 1990er-Jahre zu. Ein überproportionaler Anstieg ist jedoch in der „mittleren Mittelschicht“ festzustellen. Die Studie definiert diese Gruppe als „gehobene Routineangestellte“, etwa Bankkaufleute mit gewissen eigenen Entscheidungsbefugnissen. Bis Mitte der 1990er-Jahre bewegten sich die Zukunftsängste der gehobe-

* Quelle: Holger Lengfeld, Jochen Hirsche: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007, in: Zeitschrift für Soziologie 5/2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Deutsche Arbeitskosten bleiben zurück – Exporteure gestärkt, Wachstum geschwächt

Im vergangenen Jahr sind die Arbeitskosten der deutschen Wirtschaft schwächer gestiegen als in den meisten anderen Ländern Europas. Deutschland bleibt so weiterhin in hohem Maße von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig.

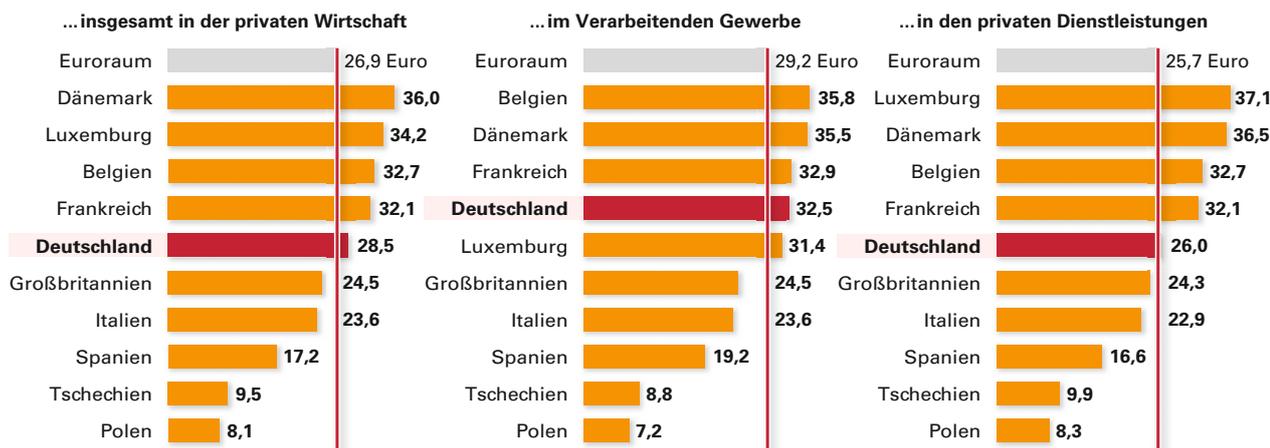
Zum vierten Mal haben die IMK-Forscher die Arbeitskosten in Deutschland mit denen anderer europäischer Länder verglichen.* Das Ergebnis gilt als ein wichtiger Indikator zur Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit eines Landes. Grundlage ist die Arbeitskostenstatistik des europäischen Statistikamtes Eurostat. Zentrales Ergebnis: Zwar stiegen 2008 die deutschen Arbeitskosten stärker als in den Jahren zuvor. Fast alle übrigen Länder Europas verzeichneten

fast allen anderen europäischen Ländern – deutlich unter denen des Verarbeitenden Gewerbes.

In einer aktuellen Veröffentlichung schätzt das Institut der deutschen Wirtschaft diesen Kostenvorteil auf 3,4 Prozent oder 1,14 Euro pro Stunde. Wird die gesamte Vorleistungsproduktion berücksichtigt, liegen die Einsparungen dem IMK zufolge jedoch bei mehr als 3 Euro je Stunde. Dies bedeute im Vergleich zu den übrigen Europäern „eine erhebli-

Deutsche Arbeitskosten verharren im Mittelfeld

So viel kostete 2008 eine Arbeitsstunde...



Werte Belgien: 2007; Quelle: Berechnungen des IMK auf Basis von Eurostat 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

jedoch kräftigere Zuwächse. Damit steigert Deutschland nochmals seine internationale Wettbewerbsfähigkeit – auf Kosten der Nachbarn.

Mit einem **Arbeitskostenniveau** von 28,50 Euro pro Stunde rangiert Deutschland nur knapp über dem Euroland-Durchschnitt. Eine Arbeitsstunde ist in den nordischen Ländern, den Benelux-Staaten und Frankreich teurer. Im Schnitt betragen die Arbeitskosten in der Eurozone 26,90 Euro je Stunde.

Industrie: Im Verarbeitenden Gewerbe nahmen die Arbeitskosten Deutschlands deutlich schwächer zu als in den europäischen Nachbarländern. Mit 32,50 Euro pro Stunde rangiert Deutschland im Mittelfeld der nord- und westeuropäischen Hochlohnländer. Insgesamt liegen die Arbeitskosten für die Herstellung von Industriegütern jedoch noch unter dem ermittelten Wert, erläutern die Ökonomen des IMK: Wird der Einsatz von **produktionsnahen Dienstleistungen** berücksichtigt – die so genannte Vorleistungsverflechtung – ergeben sich niedrigere Zahlen. Denn die Arbeitskosten für Dienstleistungen liegen in Deutschland – im Unterschied zu

che Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Industrie“, so das IMK.

Dienstleistungen: Bei den privaten Dienstleistungen insgesamt ist der Preisabstand zum Euroland-Durchschnitt noch geringer. Mit 26 Euro die Stunde kosten Serviceleistungen nur 30 Cent mehr. Ihr Anstieg fiel ebenfalls vergleichsweise niedrig aus. Innerhalb des Sektors sind die Unterschiede allerdings groß: Auf die geringsten Arbeitskosten kommt das Gastgewerbe – 14,20 Euro in Deutschland, 15,80 Euro in der Eurozone. Die höchsten Werte weist das Kredit- und Versicherungsgewerbe auf. Hier fallen in Deutschland pro Stunde 38,40 Euro an, in den Euroländern 41,40 Euro.

► Folgen für den Arbeitsmarkt

Eine häufig vertretene These lautet, dass sich eine moderate Lohnentwicklung wie die Deutschlands förderlich auf die **Beschäftigung** auswirkt. Hierzulande steigen die Arbeitskosten inzwischen seit zehn Jahren vergleichsweise wenig; Deutschland fiel im Europa-Ranking der Arbeitskostenniveaus vom vierten auf den achten Rang zurück. Doch

trotz der äußerst schwachen Lohnzuwächse verzeichnet die Bundesrepublik im Vergleich zu Ländern mit ähnlich hohen Arbeitskostenniveaus die schlechteste Beschäftigungsentwicklung. Frankreich, die Niederlande oder Großbritannien hatten sowohl höhere Zuwächse bei den Arbeitskosten als auch bei der Beschäftigung.

Wesentlicher Grund: Lohnzurückhaltung steigert zwar die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exporte. Gleichzeitig schwächt sie jedoch die Binnennachfrage. „Für kleine offene Volkswirtschaften mit sehr hohen Export- und Importquoten wie die Niederlande und Österreich kann das dennoch eine erfolgreiche Strategie sein“, erläutert das IMK. In einem großen Land wie Deutschland funktioniert sie jedoch nicht: Die Wachstumsgewinne des Exports können die Verluste aus der Binnenwirtschaft nicht kompensieren – noch nicht einmal beim Exportweltmeister.

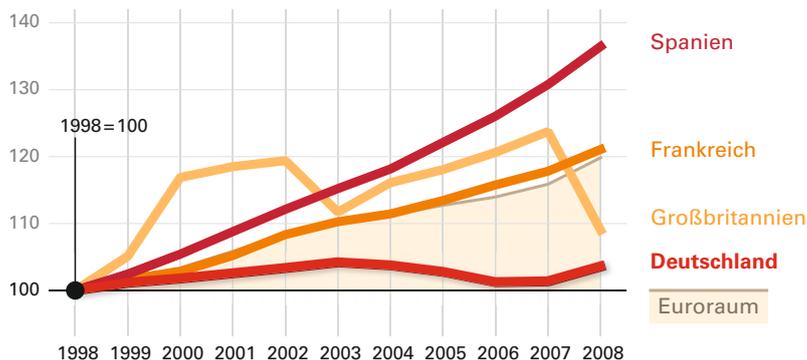
Auch für die **Unternehmen** haben sich die niedrigen Lohnabschlüsse unter dem Strich nicht ausgezahlt. Einzelne exportorientierte Branchen konnten in den vergangenen Jahren zwar Rekordgewinne erzielen. Umso stärker belastete die schwache Binnennachfrage aber die Gewinne jener Unternehmen, die auf den Inlandsabsatz angewiesen sind. Gesamtwirtschaftlich haben sich deshalb die Bruttogewinne in allen anderen vom IMK betrachteten Ländern ebenfalls deutlich besser entwickelt als in Deutschland.

Aussagekräftiger als die Arbeitskosten pro Stunde sind die **Lohnstückkosten**, also die Arbeitskosten korrigiert um Produktivitätszuwächse. Auch hier zeigt sich, dass Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarn seine Konkurrenzfähigkeit immer weiter ausgebaut hat, sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Industrie.

Das gilt vielfach selbst seit dem Beginn der Wirtschaftskrise 2008: Einzelne Länder wie Schweden und Großbritannien konnten zwar ihre Lohnstückkosten senken, indem sie ihre Währung abwerten ließen. Selbst der deutliche Wertver-

Deutsche Lohnstückkosten bleiben niedrig

Die Lohnstückkosten in der gesamten Wirtschaft entwickelten sich in ...



Quelle: Berechnungen des IMK auf Basis von Eurostat 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

lust des Pfundes ließ die britischen Lohnstückkosten aber nicht unter die deutschen sinken, sondern verringerte lediglich den Abstand.

► Wirtschaftskrise verzerrt Statistik

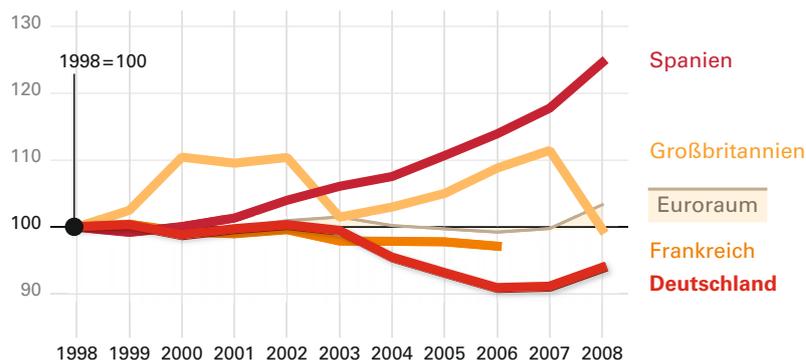
Als Folge der Krise sind die Lohnstückkosten in Deutschland besonders im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 stark gestiegen, stärker als beispielsweise in Frankreich oder Italien. Ursache ist der massive Einbruch der Wirtschaftsleistung, auf den die Unternehmen zunächst kaum mit Entlassungen reagiert haben. Die Erklärung: „Die vergleichsweise stabile Entwicklung der deutschen Erwerbstätigkeit ist vor allem dem massiven Einsatz von Instrumenten der internen Flexibilität zu verdanken“, so die Forscher. Die Beschäftigten bauten Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten ab oder gingen in Kurzarbeit.

Damit zeigen sich die Anpassungsmechanismen Deutschlands auf dem Arbeitsmarkt bisher denen anderer europäischer Länder überlegen, zeigt die Analyse des IMK. Der Preis dafür ist eine vorübergehende Verzerrung der Arbeitskosten nach oben. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Quartalen teilweise von allein korrigieren, schätzen die Ökonomen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit Deutschlands sehen sie hierdurch nicht bedroht.

Für die nächste Zukunft gilt: Entwickeln sich die deutschen Arbeitskosten wieder nur schwach, würde das die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft verfestigen – und damit die globalen Ungleichgewichte. Diese sind jedoch eine der Wurzeln der Weltwirtschaftskrise. „Vor diesem Hintergrund sollte die aktuelle Entwicklung nicht zum Anlass genommen werden, die Löhne weiter unter Druck zu setzen“, so die Forscher. ◀

Vorteil für die deutsche Industrie

Die Lohnstückkosten in der Industrie entwickelten sich in ...



Quelle: Berechnungen des IMK auf Basis von Eurostat 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Heike Joebgas, Camille Logeay, Simon Sturn, Rudolf Zwiener: Deutsche Arbeitskosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg, Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008, IMK Report Nr. 44 November 2009

Download und Quelldetails:
www.boecklerimpuls.de

Unternehmen kommen zurück

Deutlich weniger Unternehmen verlagern Produktionsstätten ins Ausland als noch vor wenigen Jahren – und mittlerweile kehrt jedes dritte wieder nach Deutschland zurück.

Die Welle der Betriebs-Verlagerungen ins Ausland ebbt ab: Die Quote der Unternehmen, die mit Teilen ihrer Fertigung abwandern, ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI). Von Mitte 2004 bis 2006 gingen 15 Prozent aller Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit einem Teil ihrer Fabriken ins Ausland. Zwischen 2007 und 2009 waren es keine 9 Prozent mehr. Erstmals gab es keinen Anstieg in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, berichten die ISI-Forscher. Den Unternehmen gehe es in der Krise darum, die bestehenden Kapazitäten optimal auszunutzen, erklären die Wissenschaftler. Wenn verlagert wird, dann an eigene Auslandstandorte; Outsourcing an ausländische Zulieferer spiele kaum eine Rolle.

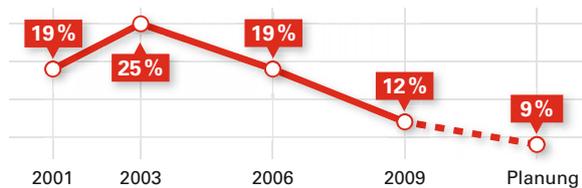
Jedes dritte verlagernde Unternehmen holt nach einiger Zeit die Fertigung wieder nach Deutschland zurück, von den kleineren Unternehmen sogar jedes zweite, beobachtet das ISI. Diese Firmen haben häufig die Lohndynamik in den Ländern unterschätzt, sagt der Forscher Steffen Kinkel. Ein zen-

Verlagerungen stark rückläufig

Jährlich gab es im **Verarbeitenden Gewerbe***...



Verlagerungsverlauf in der **Metall- und Elektroindustrie.**



* Von 2007 bis 2009 | Quelle: Fraunhofer ISI 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

trales Motiv für Verlagerungen sei, die Personalkosten zu senken – doch in schnell wachsenden Volkswirtschaften steigen eben auch die Lohnkosten zügig. Die neuen EU-Staaten hätten darum als Verlagerungsziel merklich an Attraktivität verloren. Eine wichtige Ursache für Rückverlagerungen sind auch Probleme, am neuen Standort die gewohnte Qualität zu erzielen. ◀

* Quelle: Steffen Kinkel, ISI: Produktionsverlagerung in Zeiten der Krise, Vortrag am 16. November 2009 in Düsseldorf
Download unter www.boecklerimpuls.de

Weniger Geringqualifizierte arbeitslos mit Mindestlohn

Fast alle Länder der OECD haben einen gesetzlichen Mindestlohn oder ähnlich wirkende Regelungen. In allen diesen Staaten ist die Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten niedriger als in Deutschland.

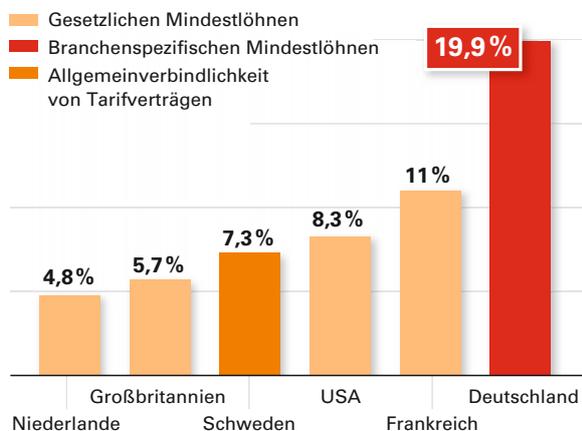
Deutschland ist eine der wenigen westlichen Industrienationen, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt – oder eine weitgehende Allgemeinverbindlichkeit von Tariflöhnen, über die eine Lohnuntergrenze gesetzt wird. Dennoch haben in Staaten wie den Niederlanden, Großbritannien, Schweden, den USA oder Frankreich Geringqualifizierte eher Arbeit als hierzulande.

Darauf weist Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger im jüngsten Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hin* – und widerspricht damit den anderen Wirtschaftsweisen. Fast alle empirischen Studien kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass gesetzliche Lohnuntergrenzen sich nicht nachteilig auf die Beschäftigung auswirken, so Bofinger.

Die Mehrheit seiner Kollegen verkenne „zudem die Ratio solcher Regelungen, die darin zu sehen ist, dass für den Wettbewerb zwischen Unternehmen die Qualität ihrer Produkte und ihre Produktivität entscheidend sein soll, nicht aber ihre Fähigkeit, ihre Arbeitnehmer besonders schlecht zu bezahlen“. ◀

In Deutschland am höchsten

Die Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten liegt bei ...



Datenbasis 2006; Quelle: OECD 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Jahresgutachten 2009/10, November 2009
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Leistungspolitik stresst Belegschaft

In Deutschlands Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Leistungspolitik ausgebreitet – und mit ihr Zeitdruck und seelische Belastungen.

Hektik, Überlastung und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes – solche Stressmomente sind in Unternehmen inzwischen weiter verbreitet als körperliche Belastungen. Selbst in Firmen mit einem hohen Anteil gewerblich Beschäftigter machen den Belegschaften vor allem psychische Probleme zu schaffen, berichtet Elke Ahlers.* Die Arbeitswissenschaftlerin hat eine WSI-PARGEMA-Befragung von über 1.700 Betriebsräten zu Gesundheitsproblemen am Arbeitsplatz und den Ursachen ausgewertet. Dauerhafter Arbeitsdruck sei nicht mehr nur eine Angelegenheit der Führungskräfte. Er habe inzwischen den Kern der Belegschaft erreicht und erfasse vor allem mittlere Angestellte mit Fachausbildung. So arbeiten in 84 Prozent der Betriebe manche Beschäftigte ständig unter hohem Zeit- und Leistungsdruck; in 43 Prozent gilt das sogar für große Teile der Belegschaft. Von starken körperlichen Belastungen berichtet dagegen nur jeder fünfte

Arbeitnehmervertreter. Laut ihrer Studie erklärten 79 Prozent der Betriebsräte, dass die seelischen Belastungen in den vergangenen drei Jahren zugenommen haben.

Die neue Leistungspolitik.

Die Antworten der Arbeitnehmervertreter geben auch Aufschlüsse über die Gründe für zunehmenden Stress. In den Unternehmen habe sich in den vergangenen Jahren eine neue Leistungspolitik etabliert, die das Entstehen von Arbeitsdruck und Stress erheblich fördere, erklärt Ahlers. Die Ergebnisse der Betriebsrätebefragung belegen erstmals, wie weit das Instrument der Zielvereinbarungen inzwischen in den

Firmen verbreitet ist: In 39 Prozent der befragten Betriebe schließt der Arbeitgeber nicht nur mit einzelnen Führungskräften, sondern mit jedem Beschäftigten oder zumindest mit jedem mittleren Angestellten eine solche Vereinbarung ab. Die Beschäftigten werden auf Erfolgskriterien wie Kundenzufriedenheit oder Umsatz verpflichtet – und oft handelt es sich dabei um einseitige Vorgaben.

Wo Zielvereinbarungen gängig sind, da sprechen die Arbeitnehmervertreter deutlich häufiger von psychischen Belastungen. 79 Prozent berichten von Zeitdruck, 57 Prozent von besonders hohem Arbeitsvolumen, 37 Prozent von mangelnder Planbarkeit der Arbeit. All diese Werte liegen min-

Der Druck auf Mitarbeiter steigt

Als Belastung im Betrieb wird wahrgenommen...



Quelle: WSI-PARGEMA-Betriebsrätebefragung 2008/09 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

destens zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Betriebe. Außerdem arbeiten Beschäftigte mit Zielvereinbarungen besonders häufig übermäßig lange und unterlaufen Regeln zum Schutz der Gesundheit. Jeder vierte Beschäftigte mit Zielvereinbarung bleibt bei Krankheit nicht zu Hause.

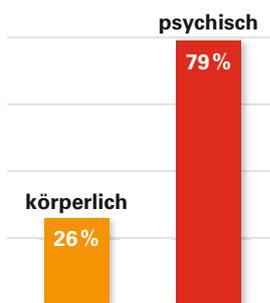
In mehr als der Hälfte der Betriebe kommen zudem Instrumente wie intensives Controlling zum Einsatz oder werden so genannte Profitcenter geschaffen. Diese Veränderungen können dazu führen, dass in den Belegschaften ein individuelles Leistungsdenken die betriebliche Solidarität verdrängt, warnt die Studie. Ahlers nennt ein Beispiel: Fast jeder dritte Arbeitgeber klassifiziert seine Belegschaft nach der Leistungsfähigkeit und verwendet dafür Begriffe wie „High-Performer“, „Low Performer“ oder gar „Mindestleister“. Solche Kategorien wirkten als Bedrohung und verstärken den Leistungsdruck.

Grenzen des Arbeitsschutzes. Die seelischen Lasten nehmen zu, doch es gibt kein ausreichendes Gegengewicht. Der Arbeitsschutz habe „hinsichtlich der psychischen Arbeitsbelastungen deutliche Umsetzungsdefizite“, schreibt die Forscherin. Die Regeln zum betrieblichen Gesundheitsschutz verlieren in der Praxis an Bedeutung, die traditionellen Gegenmittel stoßen an ihre Grenzen. So müssen sich die Unternehmen seit 1996 mit den Arbeitsbedingungen befassen und so genannte Gefährdungsbeurteilungen erstellen – um herauszufinden, ob und wie der Arbeitsalltag der körperlichen und seelischen Gesundheit der Beschäftigten schaden kann. Doch nur 56 Prozent der Betriebe verfassen eine Gefährdungsbeurteilung. Und wo es geschieht, werden regelmäßig die psychischen Belastungen weggelassen. Für die seelische Beanspruchung wichtige Faktoren wie zu knappe Zeitvorgaben, ständig störende Unterbrechungen und schlechtes Führungsverhalten fallen dabei weg. ◀

* Quelle: Elke Ahlers: Arbeit und Gesundheit – aktuelle Daten aus den Betrieben in Zeiten stetiger Effizienzsteigerung und betrieblicher Umstrukturierung, erscheint demnächst in einem Abschlussband des Forschungsprojektes PARGEMA (Partizipatives Gesundheitsmanagement) Download unter www.boecklerimpuls.de

Mehr Stress in den Unternehmen

Zugenommen haben die Arbeitsbelastungen von 2006 bis 2008...



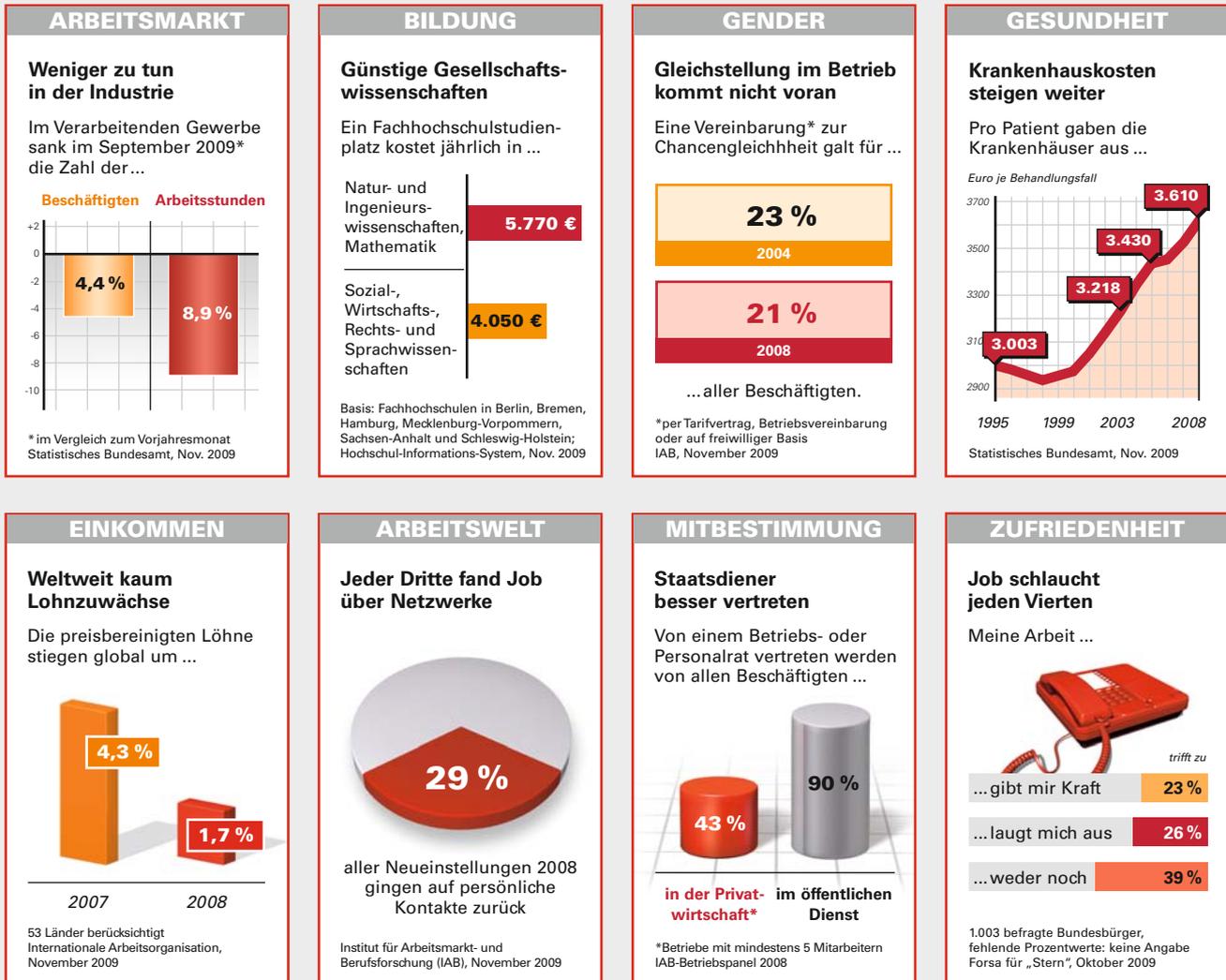
Quelle: WSI-PARGEMA-Betriebsrätebefragung 2008/09
© Hans-Böckler-Stiftung 2009

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **SCHULDENBREMSE:** Den Bundesländern steht in den kommenden zehn Jahren wegen der so genannten Schuldenbremse eine drastische Sparpolitik ins Haus, zeigen Berechnungen des IMK. Das gilt auch für Hessen, dessen Landesregierung sich bisher immer als Vorreiter in Sachen Schuldenbegrenzung verstanden hat. Dennoch sind bislang keine Pläne dazu bekannt,

wie das Land die Schuldenregel einhalten will. Ab 2020 dürfen Bundesländer nur noch konjunkturell bedingte Schulden machen. Für Hessen bedeutet das: Selbst bei einem realen Wirtschaftswachstum von jährlich 1,5 Prozent sollten bis 2020 die Staatsausgaben nominal nur noch um 1,7 Prozent pro Jahr steigen. Das wären 0,7 Prozentpunkte weniger als im lang-

jährigen Durchschnitt seit Anfang der 1990er-Jahre. Wegen der bundesweiten Sparanstrengungen droht die wirtschaftliche Entwicklung Hessens jedoch hinter diesen Erwartungen zurückzubleiben. Besonders schwere Belastungen bedeuten die von der neuen Bundesregierung angekündigten Steuersenkungen. Diese könnten das nötige Sparvolumen für Hessen um

knapp 800 Millionen Euro erhöhen, schätzt das IMK. „Ob der hessische Staat unter diesen Bedingungen angesichts des Bedarfs an zentralen Zukunftsinvestitionen bis zum Jahr 2020 tatsächlich handlungsfähig bliebe, darf bezweifelt werden.“

Quelle: Achim Truger u.a.: Auswirkungen der Schuldenbremse auf die hessischen Landesfinanzen, IMK Studies Nr. 6/2009

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 16. Dezember

bestellen unter www.boecklerimpuls.de